

Lüdenscheider Zeitung

Er erscheint täglich mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.
Der Preis beträgt wöchentlich 180 Milliarden
Einzelnummer: 30 Milliarden.

Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Lüdenscheid.

Amtlicher Anzeiger für den Kreis Altena.

Fernsprecher: 98. — Telegramm-Adresse: Zeitung.

Druck und Verlag von Karl Saffé, Lüdenscheid, Friedrichstraße 91. — Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Seiber, Lüdenscheid.

Die 1 mm Zeile oder deren Raum kostet
10 Milliarden. Familien-Anzeigen und
Stellenangebote 8 Milliarden. An-
werbe- und Werbeführer 20 Milliarden. Behörden u. Finanz-
50% Aufschlag. Kleinanzeigen 50 Milliarden.

Nr. 263

Freitag, 9. November 1923.

56. Jahrgang.

Eine nationale Diktatur in Bayern.

Die bayerische Regierung gestürzt, v. Knilling festgenommen. Hitler, Luderer und Löffler als führende Männer

Die Versammlung im Bürgerbräukeller

München, 8. Nov. Im Bürgerbräukeller fand heute nachmittag eine nationale Kundgebung statt, wo der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr unter wiederholtem Beifall ein Manifest an das Deutsche Reich verlas, in dem er sich mit dem Marxismus befaßte. In der stark besetzten Versammlung waren viele Mitglieder der vaterländischen Verbände zugegen. Von der bayerischen Staatsregierung waren die Minister Dr. Schwenker, Buhlhofer und Dr. Krausnick erschienen. Kommerzienrat Zent sprach in seiner Begrüßungsrede den Wunsch aus, daß der Generalstaatskommissar der Führer sein möge in einem neuen schwarz-weiß-roten Deutschland.

München, 8. Nov. Von privater Seite erhält der süddeutsche Korrespondent über die Vorgänge im Bürgerbräukeller folgenden Bericht:

Nachdem Generalstaatskommissar von Kahr seine Rede beendet hatte, sei Hitler mit 600 Mann im Saal erschienen und habe erklärt, daß die jetzige Regierung beseitigt sei. Eine neue Zeitung sei bereits aufgestellt. General Luderer sei Landesbefehlshaber, Hitler politischer Berater, der frühere Münchener Polizeipräsident Böhm Landesverwalter, und General von Löffler Wehrminister. Darauf sei der Bürgerbräukeller von Hitlertruppen in weitem Umfange abgesperrt worden. Zu Zwischenfällen sei es zurzeit, 10 Uhr abends, noch nicht gekommen. Augenblicklich sammeln sich die Kampfschützen überland und Reichsflagge in verschiedenen Stadtteilen. Ueber die Haltung der Reichswehr und der Landespolizei liegen noch keine Nachrichten vor. Wie von privater Seite weiter verlautet, soll von Kahr im Bürgerbräukeller Verhandlungen pflegen. Einer späteren Meldung zufolge ist das Telegraphenamt von Landespolizei besetzt worden. Ferner sollen in der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten“ Offiziere der Hitlertruppen erschienen sein.

Die Reden der Führer.

Berlin, 9. Nov. Hitler führte folgendes aus: Die Regierung der Novemberverbrecher wird als abgesetzt erklärt, ebenso Ebert. Die nationale Regierung in Berlin wird in München begündet. Ferner wird sofort eine nationale Armee geschaffen. Die Leitung der Politik der deutschnationalen Regierung übernehme ich. Ergänzung von Luderer: Die Leitung der deutschnationalen Armee, General von Löffler wird deutscher Reichswehrminister, Ebert von Leiber deutscher Reichsjustizminister. Die Armee wird die Aufgabe haben, den Reich gegen Berlin anzutreten.

Um 1/10 Uhr endlich, begrüßt von unendlichem Jubel, betrat Luderer den Saal und das Rednerpodium, auf dem schon General Löffler, Böhm und Hitler versammelt waren. Die Ausführungen gingen in einem ungeheuren Jubel fast gänzlich unter. Kahr erklärte: In dieser schweren und wichtigsten Stunde übernehme ich die Leitung der Geschicke Bayerns als Statthalter der Monarchie.

Dann erklärte Luderer: Ergreifen von der Größe des Augenblickes stelle ich mich aus eigener Kraft der deutschnationalen

Das Neueste vom Tage.

Der gestrige Abend hat in Bayern den Staatssturz gebracht. Hitler hat eine nationale Diktatur ausgerufen.

Das Reichskabinett ist unter Vorsitz des Reichspräsidenten um 12 Uhr nachts zu einer Sitzung zusammengetreten. Auch der preussische Minister des Innern, Severing, ist zu dieser Kabinettsitzung hinzugezogen worden.

Der Rheinische Provinziallandtag hat die Entschließung über die Errichtung einer Goldnotenbank mit überwältigender Mehrheit gegen einige Stimmen der Kommunisten angenommen.

Der sächsische Landtag hat heute sowohl den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages als auch den Mißtrauensantrag der Kommunisten abgelehnt. Für beide Anträge stimmten die beiden Rechtsparteien und die Kommunisten, dagegen die Demokraten und die Sozialisten.

Die deutsche Mark hat gestern überall im Auslande eine starke Befestigung erfahren. Aus London wurde gestern Abend der Markkurs mit 7,5 Milliarden pro Pfund Sterling gegen 17,5 Milliarden am Vortage gemeldet. In Zürich, wo seit einiger Zeit überhaupt keine Marknotierungen zustande kamen, wurde gestern der Kurs von 3 Franken pro Billion notiert. In Amsterdam hat sich die Mark von 0,80 auf 2 Gulden pro Billion gehoben.

Entsprechend den Bestimmungen des Ultimatums hat gestern eine Abteilung der bulgarischen Armee mit Fahne vor dem Gebäude der jugoslawischen Gesandtschaft in Sofia der serbischen Fahne eine Ehrenbezeugung erwiesen. Auch die übrigen Forderungen des Ultimatums wurden erfüllt.

Amtliche Kurse am 8. November:

Millarden
Dollar: 631 575, Goldanleihe 680, Dollarkurs 630

Regierung zur Verfügung, und mein Streben wird sein, die schwarz-weiß-rote Fokarbe wieder zu Ehren zu bringen, die durch die Novemberrevolution geschändet worden ist. Es erfordert die Aufgabe der Stunde nicht nur die Hingabe mit dem Verstand, sondern mit vollem deutschen Herzen. Diese Stunde sei ein Wendepunkt in der Zeit und in der Weltgeschichte.

Nachrichten-Zensur.

Berlin, 8. Nov. Der Reichswehrminister erläßt unter dem 9. November folgende Verordnung:

Die Verbreitung anderer als amtlicher Nachrichten über die bayerischen Ereignisse wird hierdurch verboten. Zuwiderhandlungen werden nach Paragraph 4 der Ausnahmeverordnung bestraft und führen zum Verbot der Zeitung.

Bayern gesperrt.

Berlin, 8. Nov. Die Reichsregierung hat wegen der Abschwächung der verfassungsmäßigen bayerischen Regierung den gesamten Verkehr nach Bayern eingestellt. Jegliche Leistungen des Reiches für Bayern finden bis zur Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes nicht mehr statt.

Ausruf der Münchener Professoren.

Berlin, 8. Nov. Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus München veröffentlichte eine große Anzahl namhafter Professoren der Münchener Universität, darunter Lujo Brentano, S. Oden und andere, einen Ausruf, in dem das Zerwürfnis zwischen Bayern und dem Reich aufs lebhafteste beklagt und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß es bald gelinge, zwischen Bayern und dem Reich zu einem verfassungsmäßigen Einvernehmen zu gelangen. Angesichts der furchtbaren Lage unseres Vaterlandes bedeute jeder innere Streit zwischen Deutschen einen Triumph unserer Feinde, die auf die Zerstückelung der deutschen Einheit lauern.

Das Reich in der Schicksalsstunde.

Berlin, 8. Nov. Die deutsche Reichsregierung erläßt folgenden Ausruf:

An das deutsche Volk!

In der größten außen- und innenpolitischen Bedrängnis haben sich Verbündete aus Welt gemacht, das Deutsche Reich zu zerstückeln. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gestürzt, den bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling verhaftet und sich angeeignet, eine Reichsregierung zu bilden, den General Luderer zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee, Herrn Hitler, der erst kürzlich die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, zum Leiter der Geschicke Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschbeschlüsse null und nichtig sind. Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter! Statt unserer Brüder im Rheinland und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, stützt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns in die Gefahr eines feindlichen Einmarsches und zerrütet alle Aussichten auf die Wahrung einer wirtschaftlichen Gesundung. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungsrechtlichem Gebiet haben dazu geführt, daß die Mark im Auslande sich in den letzten 24 Stunden um das Vielfache gehoben hat. Alles das ist dahin, wenn das wahrheitsgemäße Beglücken Erfolg hat, das in München versucht wird.

In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und des deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Wahrung der Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit. Alle Maßnahmen für die Wiederherstellung des Rechts und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen worden und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.

Die Reichsregierung: gez. Dr. Stresemann, Reichskanzler.

Des Rheinlands Gefinnung und Forderungen.

Die Entschließung des Prov. Landtages.

Barmen, 8. Nov. Der Rheinische Provinziallandtag hat heute folgende Entschließung angenommen:

Als Vertreter der Bevölkerung der gesamten Rheinprovinz, für die wir verantwortlich zu sprechen berufen sind, erklären wir vor aller Welt, daß das rheinische Volk den umstürzlichen Bestrebungen, die in den letzten Wochen unsaubere und unverantwortliche, zum großen Teil landfremde Elemente in die Tat umzusetzen versucht haben, mit Abscheu und Verachtung gegenübersteht und nichts mit ihnen gemein hat. Dürfte dieses rheinische Volk handeln, wie es fühlt und denkt, keiner dieser Landesverräter stünde mehr auf rheinischem Boden!

Der Rheinische Provinziallandtag steht nach wie vor, zu dem von ihm wiederholt feierlich bekundeten Bekenntnis, daß wir Rheinländer deutsch sind und bleiben, und daß das deutsche Schicksal auch unser Schicksal sein soll. In der Not des Vaterlandes wollen wir keine treuen Glieder bleiben, wie wir andererseits erwarten, daß das Leid der Westmark von dem unbefleckten Gebiet

geteilt und gelindert wird. Eine Aenderung unserer Verhältnisse zu Preußen und zu Reich kann nur auf verfassungsmäßigem Wege in Frage kommen.

Getreu diesem Gedanken beauftragt der rheinische Provinziallandtag seinen in dieser Tagung gewählten, aus 21 Mitgliedern bestehenden Ausschuss, mit größter Beschleunigung in Verbindung mit anderen Landesstellen an Rhein und Ruhr alles zu tun, um zu veranlassen, was zur Erleichterung des schweren Loses der Bevölkerung der besetzten Gebiete beitragen kann. Insbesondere solle auch die Beseitigung des separatistischen Terrors und jeder sonstigen Beschränkung der politischen Freiheit, wie auch die Behebung der unerträglichen Erschwerung des Verkehrs und der Lähmung des Wirtschaftslebens hinwirken. Ganz besonders soll er sich für die baldige Rückkehr der Ausgewiesenen und der politischen Gefangenen einsetzen.

Die rheinische Goldnotenbank.

Barmen, 8. Nov. Der Plan einer rheinischen Goldnotenbank ist heute vom Rheinischen Provinziallandtag in Barmen gebilligt worden. Die Goldnotenbank soll gegründet werden mit einem Kapital von 100 Millionen Goldmark, wovon 1/4 bar eingezahlt werden soll. Die Aktien lauten auf den Namen. Träger des Unternehmens sollen sein die Wirtschaft und die Banken des besetzten Gebietes und das Ausland, wobei die Beteiligung des Landes zu 55 Prozent und die des Auslandes zu 45 Prozent geacht ist. In den Satzungen ist als Aufgabe der Bank in § 5 folgendes festgesetzt: Den Zahlungsverkehr zu erleichtern durch Errichtung von Goldnotenkonten und die Ausgabe von Goldmarknoten und Münzen. Der Geschäftskreis ist beschränkt. Geschäfte jeder Art mit Staaten und Ländern sind ausgeschlossen. Es ist beabsichtigt, Goldnoten in kleinen und kleinsten Stückeln auszugeben, die von der Industrie gegen wertbeständige Unterlagen abgenommen werden können. Die Höchstdividende soll 6 Prozent betragen, wodurch die Möglichkeit einer gewinnmässigen Abfertigung bei der Gründung absolut ausgeschlossen ist.

Gelsenkirchen, 8. Nov. Die Bestrebungen nach einer einheitlichen Währung für das besetzte Gebiet haben festere Formen angenommen. Die treibende Kraft dabei ist auf deutscher Seite der Bankier Louis Hagen, der Verhandlungsleiter der Gegenseite ist Tirard. Nachdem die Besprechungen mit Tirard zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, hat sich, wie bestimmt verlautet, Hagen nach Berlin begeben, um die im Reife begriffenen Pläne nationieren zu lassen.

Einspruch Frankreichs gegen eine nationale Diktatur.

Paris, 8. Nov. Laut „Temps“ hat die französische Regierung ihren Berliner Botschafter beauftragt der Reichsregierung mitzuteilen, daß sie die Bildung einer diktatorischen Regierung in Deutschland nicht dulden werde. Der Schritt Poincaré richtet sich vor allem gegen eine reaktionäre und militaristische Diktatur. Am Quai d'Orsay wird uns hierzu noch folgendes mitgeteilt: Frankreich liege es fern, sich in die innerdeutschen Verhältnisse einzumischen, es habe aber die Pflicht, sein Augenmerk auf die Möglichkeit eines Regierungswechsels in Deutschland zu richten, ferner sich die Gefahr des Zustandekommens einer reaktionären Diktatur vor Augen zu führen, die nicht nur den Versailler Vertrag gefährden könne, sondern auch die Gefahr eines Revanchekrieges mit sich bringe. Herr de Margerie wird in dem Telegramm, das die französische Regierung an ihn richtete, beauftragt, Herrn Stresemann die Besorgnisse Poincarés in dieser Frage auseinander zu setzen und gleichzeitig den Wunsch der französischen Regierung zu betonen, daß das republikanische Regime in Deutschland sich festsetzen möge. Man erwartet, daß zwischen dem Berliner französischen Botschafter und dem deutschen Reichskanzler eine Aussprache stattfindet, über die Herr de Margerie in Paris Bericht erstatten wird.

Die Regierung und die Deutschnationalen

Berlin, 8. Nov. Die Deutsche Zeitung schreibt, die Deutschnationalen Volkspartei werde sich keinesfalls dazu hergeben, die gegenwärtige Regierung stillschweigend zu unterstützen. Voraussetzung ihrer Unterstützung sei, daß die Deutschnationalen Volkspartei in maßgebender Weise an der Regierung beteiligt werde, und namentlich auf die Gestaltung der auswärtigen Politik entscheidenden Einfluß erhalte. Auch eine Umarmung des preussischen Kabinetts nach gleicher Zusammenarbeit wie das von den Deutschnationalen in Aussicht genommene Reichskabinett müsse erfolgen. Die Deutsche Zeitung schreibt noch, wobei nicht recht ersichtlich ist, ob sie damit die Meinung der Partei oder der hinter der Redaktion stehenden Kreise wiedergibt, daß außer den genannten Bedingungen der Rücktritt Stresemanns und die Umstellung des Kabinetts unter einen deutschnationalen Reichskanzler gefordert werden müsse, ferner der Rücktritt des Reichspräsidenten Ebert und die Neuwahl des Reichspräsidenten durch das Volk, wie die Verfassung es vorschreibe. Das Blatt kommt zu folgendem Schluß: „Lieber die Frucht reifen lassen, bis sie von Natur einem in den Schoß fällt, als durch vorzeitiges

Wägen die ganze Frucht verderben. Lieber noch zwei Wochen warten, bis diese Regierung ganz in Chaos zusammenbricht, als jetzt auf unzulängliche Bedingungen hin sich selbst noch mit im Chaos hineinreißen lassen."

Ein Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 6. Nov. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt folgenden Aufruf an seine Mitglieder:
Zurückbare Not lastet auf dem Vaterlande. Frankreich und seine Helfershelfer peinigten das deutsche Volk bis zur Verzweiflung. Im Innern herrschen Hunger, Unordnung und Zwietracht. Schwer sind die Fehler und Versäumnisse der vergangenen Jahre. Die Folgen haben jetzt vor allem die minderbemittelten Schichten zu spüren. Der Streit um politische Theorien kann weder das Vertrauen der Autorität des Staates herstellen noch das Volk vor Hunger retten. Sittliche Grundsätze müssen die Politik endlich beherrschen. Korruption und Verantwortungslosigkeit müssen rücksichtslos unterdrückt werden. Schnellstens muß für die Sicherstellung der Lebensbedingungen der schwächeren Schichten gesorgt werden. Aktivem sind deshalb vor allen Dingen:

1. Eine klare und entschlossene Währungs- und Geldpolitik, die die Versorgung der breiten Schichten mit wertbeständigen Zahlungsmitteln nicht an der Unfähigkeit der Bureaucratie scheitern läßt.
 2. Angemessene Goldlöhne, die in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausbezahlt werden.
 3. Goldschuldscheine, bis die neue Währung durchgeführt ist.
- Diese Maßnahmen sind unter dem Schutz der versicherungsmäßigen Sicherheitsorgane, Reichswehr und Schutzpolizei zur sofortigen Durchführung zu bringen. Jeder Verzug bringt die Gefahr der Katastrophe. Viel ist schon versäumt. Es droht ein neues "Zu spät!" Das deutsche Volk will und muß leben. Sein Lebenswille darf nicht durch Parteimänner und Schlagworte vernichtet werden.

Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes! Habt Vertrauen zu euren Führern! Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich in seinen Entschlüssen frei halten von jeder Parteileidenschaft und aus dem Gedanken der Volksgemeinschaft heraus jede kraftvolle Politik unterstützen, die den Leiden der Volksmassen zu helfen entschlossen ist.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Gesamtverband deutscher Beamten-Gewerkschaften.

Die Verlogenheit französischer Diplomatie

Poincares Antwort auf den Einspruch.

Berlin, 8. Nov. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hatte im Namen der Reichsregierung gegen das rechts- und vertragswidrige Verhalten des Generals de Metz Protest erhoben und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die französische Regierung den General de Metz sofort anweisen werde, die durch den Vertrag von Versailles sanktionierten deutschen und bayerischen Hoheitsrechte in der Pfalz zu achten. Hierauf ist nunmehr folgende Antwort von Herrn Poincare eingegangen:

Durch Schreiben vom 26. Oktober 1923 haben Sie geglaubt, gegen die Haltung des Generals de Metz in Beziehung auf die politische Bewegung in der Pfalz Beschwerde zu erheben zu müssen. Der Protest will die Haltung der französischen Behörden entstellen und ihnen eine Verantwortlichkeit zuschieben, die sie in Wirklichkeit nicht trifft. Die Schwierigkeiten, denen die Pfalz gegenübersteht, sind keineswegs auf das Vorgehen der französischen Behörden zurückzuführen, sondern einzig und allein auf die schwere Benachteiligung, die in Deutschland die Folge des passiven Widerstandes ist. Es muß insbesondere beachtet werden, daß die inneren Ereignisse in Deutschland aus der letzten Zeit die Pfalz in eine unentwirrbare Lage bringen, wodurch die Verhütung der pfälzischen Bevölkerung völlig erklärt wird. Ebenso wie die französische Regierung sich den Vorbereitungen völlig ferngehalten hat, die zur Auslösung der separatistischen Aktion geführt haben und ebenso wie sie den Ereignissen in der Rheinprovinz ferngeblieben ist und fernbleibt, ebensowenig kann sie irgendeine Verantwortung übernehmen für die Entschlüsse, die in voller Freiheit von der pfälzischen Bevölkerung gefaßt worden sind. Uebrigens haben beide Bewegungen keinen gemeinsamen Charakter. Zudem ist der Wille der Bevölkerung unmissverständlich vorhanden und hat sich wiederholt in einer Weise geäußert, daß es den französischen Behörden

unmöglich gewesen ist, ihre Tür den Personen zu verschließen, die gekommen sind, um sie darüber zu unterrichten. Diese Tatsache beweist nur, daß die französischen Behörden in der Pfalz, die fortwährend die Aufrechterhaltung des normalen Wirtschaftslebens und der Wohlfahrt der Bevölkerung gesichert sowie den ernsthaften Wunsch bekundet haben, daß die Bevölkerung ihrerseits das normale Wirtschaftsleben aufrechterhält oder wiederherstellt durch die Korrektheit ihres Vorgehens und die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung erworben haben. Es ist mir unmöglich, die Herstellung von Beziehungen zu bebauern, die mächtige Faktoren für Ruhe und Frieden gewesen sind und bleiben. Ich bedaure die vielfach von der Rheinlandkommission und von der Völkervereinigung gemeldete Haltung, die von gewissen deutschen Behörden eingenommen worden ist und die zum Zweck hatte, Reibungen zwischen der Zivilbevölkerung und unseren Truppen zu schaffen, eine gefährliche Feindschaft hervorzurufen und sich einer Verletzung der Geister entgegenzusetzen, die wir uneingeschränkt im allgemeinen Interesse immer mehr erstrebt haben.

Diese Antwort läßt die Zweideutigkeit der französischen Haltung gegenüber den Deutschen der Sonderbündler besonders deutlich hervortreten. Die deutsche Beschwerde enthält die klare Formulierung des Vorwurfs gegen den General de Metz, daß er die Pfalz als ein autonomes Pfalzstaat gebildet und vor dem zuständigen Vertreter Bayerns die vollständige Gewalt der bayerischen Regierung als in der Pfalz nicht mehr bestehend erklärt hätte. Die Rote geht hierauf mit keinem Worte ein. Es beweist dies, daß die französische Regierung das Verhalten des Generals de Metz und des Majors Lou's nicht dementieren kann und will.

Frankreich steht allein.

Paris, 7. Nov. Der sozialistische Abgeordnete Blum schreibt im Populaire: Wir stehen heute allein. Gewiß haben wir Freunde, haben wir Alliierte, aber es gibt keinen einzigen unter unseren Alliierten, und keinen einzigen unter unseren Freunden, der sich nicht in der deutschen Frage von uns wendet. Hinsichtlich Englands ist jeder Beweis überflüssig. Die Entspannung, die die Unterredung zwischen Poincare und Baldwin gebracht hatte, ist völlig illusorisch und ganz vorübergehend gewesen. Der latente Konflikt hat also seine erste Gestalt wieder angenommen. Die Vereinigten Staaten und Frankreich sind ausgesprochen uneinig in der Frage der Sachverständigenuntersuchung und Belgien widerstrebt es, hinsichtlich der französischen diesem länger Gefolgschaft zu leisten. Die neue Haltung Belgiens kann man als ein Ereignis von besonderer Bedeutung ansehen. Sie ist bei zwei verschiedenen Anlässen zutage getreten: Der belgische Oberkommissar hat gegen die rheinischen Separatisten Stellung genommen, die die öffentlichen Gebäude in Aachen stürmten, die belgische Regierung hat sich in aller Form dem englischen Vorschlag in der Frage des Sachverständigenausschusses und der Auffassung über die Vollmachten dieser Sachverständigenkommission angeschlossen. Aber die Angelegenheit des Sachverständigenausschusses ist nur eine Perspektive in unserem Drama. Unserer Politik gegenüber Deutschland schließen sich weder England, noch Belgien, noch Italien, noch irgend jemand anderes weiter an. Wie ist diese Schwächung Belgiens zu erklären? Ist sie auf englischen Einfluß zurückzuführen? Sind nicht Japan und Teutschland bemüht, ihre ministerielle Erstzinsten zu erhalten? Wie dem auch sei, die Tatsache ist das, unsere diplomatische Isolierung ist vollständig."

Politische Rundschau.

Bayern und die Kontrollkommission.

London, 8. Nov. Der Münchener Berichterstatter der Times berichtet seinem Blatt, soweit Bayern in Betracht komme, sei es klar, daß es nicht möglich sei, die persönliche Sicherheit der alliierten Offiziere zu garantieren, wenn sie versuchten, irgend eine Inspektion von Maßnahmen durchzuführen. Unter dem Decknamen harmloser sozialer Zusammenkünfte würden jeden Abend in abgedunkelten Räumen Waffen und Munition an die Hitlerischen Sturmtruppen ausgeteilt. Oft sei ein Unteroffizier der Reichswehr oder ein grüner Polizist als Instruktoren anwesend. In verschiedenen Räumen würden Rekruten der patriotischen Verbände eingeleitet, obgleich sie nicht offiziell auf den Listen der Reichswehr geführt würden.

Deutsche Volkspartei und Große Koalition.

Berlin, 8. Nov. Zu der heutigen Blättermeldung, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu der Ueberzeugung gekom-

men sei, die große Koalition müsse in Preußen aufrecht erhalten werden, erzählt die ZL von maßgebender Stelle, daß die Deutsche Volkspartei keinerlei Beschlässe in der angegebenen Richtung gefaßt hat, da sie es abwarten will, wie sich die Verhältnisse im Reich entwickeln.

Die Reichswehr in Weimar eingerückt.

Weimar, 8. Nov. Heute vormittag ist ein Bataillon Reichswehr, bestehend aus Infanterie und Kavallerie in Weimar eingerückt. Die Truppen sind von einer Batterie begleitet und besetzen den Marktplatz und das Postamt. Vor dem Ministerialgebäude steht eine Truppenabteilung und sperrt die Zugänge zum Gebäude ab.

Die Kommunisten der Hamburger Bürgerwehr.

Hamburg, 8. Nov. In der Begründung des Antrages des Senates auf Erteilung der Genehmigung zur Festnahme und Strafverfolgung der kommunistischen Mitglieder der Bürgerwehr, der inzwischen von der Bürgerwehr mit großer Mehrheit angenommen wurde, heißt es u. a.: Die Verantwortung für die Hamburger Unruhen tragen in erster Linie die kommunistischen Mitglieder der Bürgerwehr, die nicht nur die Unruhen planmäßig vorbereitet haben, sondern auch an der Durchführung führenden Anteil nahmen. Schon während der Unruhen wurden daher die Abgerufenen Eber, Fiebig, C. Hoffmann, Pühl und Seiter verhaftet, welche Maßnahmen nicht nach der Genehmigung der Bürgerwehr bedarf, da diese Festnahme bei der Ausübung einer Tat erfolgt. Der Senat hält es aber angeht, des Entschlusses der Kommunisten, den Kampf gegen die staatliche Ordnung mit allen Mitteln fortzusetzen, für geboten, gegen die Führer dieser das Dasein des Staates bedrohenden Bewegung, auch soweit sie der Bürgerwehr angehören, mit allen rechtlichen Mitteln einzuschreiten und daher auch inzwischen die Abgeordneten Eber, Sepp und Köppen festsetzen zu lassen. Er beabsichtigt, diese Maßnahmen auf andere kommunistische Mitglieder der Bürgerwehr auszudehnen.

Ministerialdirektor Brandler.

Dresden, 8. Nov. Ueber Brandler, der bekanntlich ausgereift ist, werden noch folgende interessante Einzelheiten bekannt: Brandler wurde im Laufe der sogenannten Revolutionsjahre wiederholt von deutschen Reichs- und Landesbehörden als lästiger Ausländer ausgewiesen. Er ist Tschechoslowake. Infolge dessen ging sein Verbleiben darauf hinaus, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, was ihm bisher nicht gelingen wollte. Durch die Ernennung zum Ministerialdirektor in Sachsen durch Dr. Zeigner wurde er auf legalem Wege deutscher Staatsangehöriger.

Reichsangler und Kardinal.

Berlin, 8. Nov. "Die Zeit" schreibt:
Kardinal Faulhaber spricht in seinem Briefe davon, er könne aus gesundheitlichen und kirchenrechtlichen Bedenken dem Vorschlag des Anglers nicht zustimmen. Dieser Bemerkung liegt ferner der Vorgang zugrunde: Dem Reichsangler waren Verurteilungen des Kardinals über die gegenwärtige Lage Deutschlands bekannt geworden, und er hatte daraufhin bei dem Kardinal angefragt, in einer großen Rundgebung aller politischen Parteien in der Reichshauptstadt oder an einem anderen Orte seine Gedanken über die sittliche Erneuerung des Volkes als Voraussetzung für eine soziale und politische Gesundung Deutschlands zu entwickeln. Der Kardinal betont nun in seinem Schreiben, daß er nicht in der Lage sei, dieser Aufforderung nachzukommen. In dem Briefe des Reichsangers war die Idee entwickelt worden, daß jeder an seinem Platze im Sinne der Reichseinheit wirken müsse.

Die Säuberung der spanischen Verwaltung.

Madrid, 8. Nov. Die Kontrolle durch das spanische Direktorium in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen wird energisch fortgesetzt. Täglich erfolgen Verhaftungen von gewissenlosen Beamten. Wiederholt haben schuldige Beamte Selbstmord verübt.

Poincare an Hughes.

London, 8. Nov. Der Pariser Berichterstatter der "Daily Mail" ist vom Quai d'Orsay über die Instruktionen an Fustier informiert worden. Poincare erwartet, daß der Sachverständigenausschuß Deutschlands Fähigkeit, Zahlungen zu leisten, für die nächsten drei Jahre, bis 1926, festgestellt werde. Unter der Voraussetzung, daß Frankreich wertvolle Pfänder in der Hand behält, sei es bereit, Deutschland für diese Zeit ein Moratorium zu gewähren. Wenn Poincare von Deutschlands Leistungsfähigkeit in der nächsten Zukunft spreche, so habe er dabei den Zeitraum bis 1930 im Auge. Frankreich werde keine Einwendungen dagegen machen, falls der Sachverständigenausschuß die wirtschaftlich-

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Die deutsche Sonnenfunktionsexpedition. Die Kommission der deutschen Astronomen zur Beobachtung der Sonnenfunktions in Mexiko unter Führung des Direktors der Potsdamer Sternwarte Prof. Lubendorff hat von den fünf amerikanischen, mexikanischen und deutschen Kommissionen, die in den Vereinigten Staaten, in Nuevo Mexiko und an drei Stellen in Mexiko tätig waren, die deutlichsten Aufnahmen erzielen können. Wenn auch der Leiter der Kommission, Prof. Lubendorff, in einem vor den Spitzen der deutschen Kolonie in Mexiko gehaltenen Vortrag diesen Erfolg vornehmlich der Günstigkeit der Beobachtung zuschrieb, so ist doch kein Zweifel, daß dieser Triumph deutscher Wissenschaft wesentlich dem Geschick zu verdanken ist, mit dem die deutschen Gelehrten ihren Beobachtungsplatz nahe dem Dorfe Palase bei Durango wählten und Tag und Nacht in tropischer Hitze in ihrem Camplager die großen Instrumente einbauten. Die Beobachtung hat der deutschen Kommission bei ihren Arbeiten weitestgehende Unterstützung geleistet.

Deutsches Insulin. Das neue Mittel gegen die Zuckerkrankheit, Insulin, dessen Entdeckung so großes Aufsehen erregt hat, wird nunmehr auch in Deutschland hergestellt. Wie in der "Deutschen Medizinischen Wochenschrift" mitgeteilt wird, haben die Bayerischen Farbenfabriken ein Insulinpräparat in den Handel gebracht, das von dem für Deutschland eingeleiteten Insulinomitee geprüft und für vollwertig befunden worden ist. Bis ausreichende Vorräte zur Verfügung der deutschen Ärzteschaft vorhanden sind, wird dieses Präparat nur an Kliniken und größeren Krankenhäusern abgegeben. Es ist zu erwarten, daß in absehbarer Zeit auch von anderen deutschen Fabriken, mit denen das Insulinomitee in Verbindung steht, brauchbare Präparate auf den Markt gebracht werden.

Die amerikanische Wissenschaft und die undankbaren Deutschen. In Chicago, der Stadt der Schlachthäuser, des Cornbecks und der saftigen Schinken, hat man ein physiologisches Institut. Und in diesem Institut hat man Hungerversuche gemacht. Eine Anzahl Studenten haben 15 Tage gehungert und der amerikanischen Wissenschaft folgende Erkenntnisse vermittelt: Durch Hungers wird erstens das Fett vermindert und zweitens der Verdauungsprozess vereinfacht. Es bedurfte dieses wichtigen Experimentes, damit man in Amerika überhaupt mal erfährt, was dieses fiesle Phänomen des Hungers eigentlich bedeutet. Man ließ davon nichts beim Frühstück in den Zeitungen, wenn von Deutschland die Rede ist, und kann sich zwischen Buttertoast, Marmeladenbrotchen und Wurstbällchen ganz und gar nichts dabei vorstellen. So mußte man erst das physiologische Institut kennen, während in Deutschland dank den dort durch den Verband mit amerikanischer Hilfe getroffenen Einrichtungen schon jedes Kind in die Lage gesetzt ist, zu wissen, daß Hunger erstens Fett

vermindert und zweitens den Verdauungsprozess vereinfacht. Und trotzdem sind diese dämlichen Germans nicht mal dankbar dafür.

Echt bolschewistisch. In Kopenhagen leben seit der russischen Revolution 14 Flüchtlinge, die ehemals in Moskau und Petersburg sehr wohlhabende und angesehene Kaufleute waren, jetzt aber sich in bitterster Armut befinden. Da sie in der dänischen Hauptstadt nicht wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen, so haben sie an die russische Regierung das Ersuchen gerichtet, ihnen die Rückkehr in die Heimat zu gestatten. Die Erlaubnis dazu ist ihnen aber abgelehnt worden, und zwar mit der klassischen Begründung, daß sie zu arm seien, um in Russland wieder zugelassen zu werden. Man erkennt auch hier wieder den Kommunismus in seiner wahren Gestalt. Er legt auf irdische Güter einen sehr erheblichen Wert und verachtet sie nur, solange er sie nicht besitzt.

Wie Breslau gegründet wurde. Eine eigenartige Stablage erzählt Alfons Jandut in einem Aufsatz "Das sagenhafte Breslau", den er im neuesten Heft der "Deutschen Monatshefte" veröffentlicht. Daß die Stadt ums Jahr 1000 bestand und einen Bischof namens Johannes hatte, besagt die älteste geschichtliche Urkunde. Aber die Sage weiß näheres zu berichten. Sie erzählt, daß vor etwa 1000 Jahren ein blinder König über Schlesien und Polen herrschte. Der war ein Elende und hieß Mieszko. Er wäre gern lebend geworden und wünschte sich einen Thronerben. Doch so oft er auch seinen Göttern opferte und sie anflehte, seine Wünsche fanden keine Erfüllung. Da versprach ihm ein christlicher Priester, daß seine Sehnsucht sich verwirklichen werde, wenn er eine Christin zum Weibe nehme. Da warb Mieszko um die Tochter des christlichen Böhmenkönigs, und dieser gab sie ihm auch. Nachdem die Braut dem Polenkönig zugeführt worden war und er dem Christen Gott Treue geschworen hatte, wurde er lebend, und nach einem Jahre schenkte ihm sein Weib den langgehehnten Erben. Aus Dankbarkeit gegen Gott, so schließt die Sage, gründete Mieszko an der Stelle, da ihm das Augenlicht geschenkt worden war, die Stadt Breslau. Augenblicklich hat die Volkspopularität hier zwei zettlich auseinanderliegende Ereignisse verknüpft. Historisch ist, daß Mieszko, der Landesherren von Schlesien, am 2. März 966 getauft wurde. Breslau soll damals bereits bestanden haben, doch hat Mieszko die Stadt vergrößert und ihr die erste geschichtliche Bedeutung verliehen.

Die größte Staumauer der Welt. Die Staumauer von Sullur in Indien, zu denen in diesen Tagen der Grundstein gelegt wurde, werden die weitest ausgedehnte Staumauer sein, die bisher geschaffen wurde. Die Bewässerungsanlagen von Assuan in Ägypten können dafür keinen Vergleich bieten, denn die Fläche, die bewässert werden soll, ist 500.000 Acres größer als das ganze kultivierte Gebiet in Ägypten beträgt. Das Sullurstaumauer wird zwei riesige Brücken über den Indus führen, von denen jede fünfmal so lang ist wie die London-Brücke. Drei der sieben Kanäle, die errichtet

werden, sind breiter als der Suezkanal; der größte von ihnen ist 325 Kilometer lang. Die Ausgrabungsarbeiten für die Kanäle umfassen eine Erdbevögelung, die von vier Suezkanälen oder hundert Großen Pyramiden entspricht. Die bewässerten Landflächen sollen eine jährliche Ernte von zwei Millionen Getreide und Baumwolle liefern. Die Gesamtkosten des riesigen Planes werden vorläufig auf über 12 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Eine neue Insel im Pazifischen Meer. Die Sowjetblätter berichten über ein seltsames Naturereignis, das sich vor kurzem im Pazifischen Meer abgespielt hat. Vor einigen Tagen begann bei Alaska, zwischen Sushul und Ufa, zwei Vulkane am Pazifischen Meer, etwa in einer Entfernung von einem Kilometer vom Ufer, eine gewaltige Wasserfäule emporzuschlagen. Es scheint, daß es sich um eine vulkanische Eruption gehandelt hat. An der Stelle der Eruption bildete sich eine Insel in der Größe von etwa ein Vierteldekajatin. Die Sowjetregierung hat angeordnet, daß eine besondere geographische Kommission die Insel besuchen soll. Es besteht die Absicht, die neue Insel - Lenin-Insel zu nennen.

Amundsen neuer Nordpolflug. Wie aus Christiania gemeldet wird, hat der bekannte Nordpolfahrer Roald Amundsen den Plan gefaßt, im nächsten Sommer den Versuch eines Nordpolfluges zu wiederholen. Der Flug ist in diesem Sommer nicht auszufliegen, weil sich das Flugzeug als zu leistungsunfähig erwies. Amundsen ist mit den deutschen Zerstörern in Verbindung getreten, um sich drei Metallflugzeuge bauen zu lassen, mit denen er bestimmt den Flug von Spitzbergen über den Nordpol nach Alaska antreten wird. Die Flugzeuge haben je 150 Pferdekräfte. Die Besatzung soll insgesamt 10 Personen betragen. Jedes Flugzeug hat einen eigenen Führer und Beobachter. Außerdem sollen vom Flugzeug fortgesetzt Klimaaufnahmen gemacht werden, so daß es möglich ist, die gesamte Flugleistung einmal im Film vorzuführen. Ferner sollen wissenschaftliche Beobachtungen während des Fluges angestellt werden. Der Flug wird diesmal auf sorgfältigste Vorbereitung, und zwar durch die Anlegung verschiedener Depots, die die Ergänzung von Lebensmitteln und Nahrungsmitteln sichern sollen. Amundsen hofft, daß er bei dieser Vorbereitung mindestens den Nordpol sehr nahe kommen und daß der abschließende Flug keine allzu großen Schwierigkeiten mehr bereiten wird.

Ein Prozeß gegen Darbasse. Der bekannte Schriftsteller Darbasse, der auf der Tagung des internationalen Kongresses der maliger Kriegsteilnehmer in Berlin am 29. und 30. September und 1. Oktober in einer Rede gesagt hatte, daß die Franzosen nicht wieder gegen ihre deutschen Brüder zu Felde ziehen sollten, war deswegen vor Gericht angeklagt. Darbasse hielt die Aeußerungen, wegen der ihm der Prozeß gemacht werden sollte, vollständig aufrecht. Es scheint indessen, daß seine Freisprechung trotzdem erfolgen wird.

Verhältnisse des Ruhr-
die Tatsache nicht in
reich mit Zustimmung

Währungsber

Berlin, 8. Nov.
verfall der letzten Tage
bedeutlichen Verzögeru
Abwindustriellen und
gerung der Zahl der
gebiet allein beträgt 2
heute Summen von P
Tatsache, daß ein fest
in naher Zukunft in
sowohl im Inlande als
der Reichsregierung be
der Papiermarkt ins R
geln am Abend an den
der Papiermarkt eintrat
zurückgeführt, daß die
mit den Vertretern der
Märkten schon bekannt
die Reichsregierung er
für Weissen festzuhalten
Umrechnungssturz fließ
Lage des Wirtschaftsle
letzten Tage nicht wie
und seine Preistreibe
tel in stärkster Maße b

Goldver

Berlin, 8. Nov.
mit: Nachdem kürzlich
ermäßigungsgeheiß
Goldwert vorgeschrieben
vom preussischen Staat
für die preussischen St
die Handels-, Handels
traffen werden. Die
lichen Bestimmungen o
bung der Verordnung
gelassen worden war, i
des ursprüngliche
Verzugsaufschlage) getil
des preussischen Staats
vorgesehen. Bis zum
morauf besonders hing
nach den bisherigen V

Min

Berlin, 8. Nov.
der "Deutsche Handels
Bankrott stattgefunden,
Geschäftswelt scharf b
Banken haben bereits
von amtlicher Stelle no
Man ist entschlossen, in
ordnungen auf die rig

Die

Amsterdam, 9. N
Amsterdam, daß die
die Einreise nach Deu
gestaltet hat:

1. Der Kronprinz
muk ist, auf seinem G
2. Der Kronprinz
im Auto zurücklegen un
lichte nicht zu erkenne
3. Freunde und A
Empfang seine Demon
4. Der Tag seiner
geheim gehalten werden
Die Adresse soll
land wieder ruhige Zu

Gelsenkirchen, 7. I
kam es gestern spät
Zeit den Vormittags
platz auf die Auszahlun
Nachmittag kam die ern
dem Bergmann wurde
ausgebürgert. Der Be
ringen zur Auszahlung
Teile der Belegschaft
triebsführer wurde miß
Geiselt festgesetzt. In
den. Als diese auf dem
Ihr und der etwa 5000
Kampf. Ein Polizeib
gen lieber gefährlich ver
falls verlegt. Ein Berg
den mehr oder weniger
die Ruhe äußerlich wie
loien Arbeiter unruhig

Französische

Paris, 8. Nov.
unter die Fahnen beru
Döhlendorf treffen. F
bestände im Ruhrgebiet
laufen vorläufig nicht

Zeugenv

Lausanne, 6. Nov.
Es wurde die Vernehm
festegeht. Nach den G
rasi zur Ermordung d
auseinander, daß er die
Ausland von dem Pol
hierauf vernommen wur
tat den Wunsch an, d
zu befreien, und um d
wischen Delegation au
Er gab wie Polimin
wischen Gneul, deren
der russische General
armee angehörte. Der
Sowjetregime. Die Ber
russischen Wrangel-Offi
worden zu sein, was Be

Lausanne, 6. Nov.
die Vernehmung der vor
Der in Berlin lebende
Pester in der Wrangel
schistische Bewegung geb
Verteidigung zu Beginn

Verhältnisse des Ruhrgebiets prüfe unter der Voraussetzung, daß die Lasten nicht in Zweifel gezogen werden dürfen, daß Frankreich mit Zustimmung der Reparationskommission gehandelt hat.

Währungsverfall und Abwehrmaßnahmen

Berlin, 8. Nov. Die wichtigsten Gründe für den Währungsverfall der letzten Tage sind darin zu suchen, daß infolge der außerordentlichen Verzögerung des Vertragsabschlusses zwischen den Ruhrindustriellen und Frankreich es zu einer ungeheuren Steigerung der Zahl der Erwerbslosen — die Ziffer für das Ruhrgebiet allein beträgt 2 Millionen — kam, deren Unterhaltung ungeheure Summen von Papiermark erfordert. Man erhofft von der Tatsache, daß ein festes Umtauschverhältnis für die Papiermark in naher Zukunft in Aussicht steht, eine stark beruhigende Wirkung, sowohl im Inlande wie im Auslande, weil aus dem Entschluß der Reichsregierung hervorgeht, daß Deutschland nicht beabsichtigt, die Papiermark ins Nichts fallen zu lassen. Die Besserung, die gestern abend an den ausländischen Märkten in der Bewertung der Papiermark eintrat, wird von zutreffender Seite schon darauf zurückgeführt, daß die Pläne der Regierung nach einer Konferenz mit den Vertretern der prominenten Banken an den ausländischen Märkten schon bekannt geworden sind. Trotz dieser Bewegung ist die Reichsregierung entschlossen, vorläufig an dem Einheitskurs für Devisen festzuhalten. Doch wird sie nicht an einem bestimmten Umtauschkurs festhalten, sondern die Festsetzung des Kurses der Lage des Wirtschaftslebens anpassen, sobald sich die Vorgänge der letzten Tage nicht wiederholen können, wo der ausländische Markt und seine preisstrebende Wirkung die ausländischen Zahlungsmittel in hohem Maße beeinflusst.

Goldwertsteuern für Preußen.

Berlin, 8. Nov. Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Nachdem kürzlich von der Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Zahlung der Reichsteuern nach ihrem Goldwert vorgeschrieben worden ist, wird in den nächsten Tagen vom preussischen Staatsministerium eine ähnliche Vorschrift auch für die preussischen Staatssteuern, die kommunalen Abgaben und die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammerbeiträge getroffen werden. Die Regelung wird sich eng an die reichsrechtlichen Bestimmungen anschließen, während jedoch nach Vermeidung der Verordnungen der Reichsregierung noch eine gewisse Frist gelassen worden war, innerhalb deren die Steuern durch Entziehung des ursprünglichen Papiermarkbetrages (zugänglich etwaiger Verzugszuschläge) getilgt werden konnten, ist in der Verordnung des preussischen Staatsministeriums eine solche Schonfrist nicht vorgesehen. Bis zum Inkrafttreten der Verordnung ist jedoch, worauf besonders hingewiesen sei, die Entziehung der Abgabe nach den bisherigen Vorschriften zulässig.

Allerlei vom Tage.

Widerung der Bankkonditionen.

Berlin, 8. Nov. Im Reichswirtschaftsministerium haben wie der „Deutsche Handelsdienst“ berichtet, Verhandlungen mit der Bankwelt stattgefunden, die auf eine Milderung der von der Wirtschaftswelt scharf bekämpften Bankkonditionen hingen. Die Banken haben bereits gewisse Zugeständnisse gemacht, die jedoch von amtlicher Stelle noch nicht als ausreichend angesehen werden. Man ist entschlossen, nötigenfalls die kürzlich erlassenen Kartellverordnungen auf die rigorosen Bankbedingungen anzuwenden.

Die Reise des Kronprinzen.

Amsterdam, 9. Nov. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Amsterdam, daß die deutsche Regierung dem früheren Kronprinzen die Einreise nach Deutschland unter den folgenden Bedingungen gestattet hat:

1. Der Kronprinz darf sich nicht in Potsdam aufhalten. Er muß sich auf seinem Gute in Dels niederlassen.
2. Der Kronprinz muß die Reise von Mieringen nach Dels im Auto zurücklegen und darf sich an den Aufhalten der Öffentlichkeit nicht beteiligen.
3. Freunde und Anhänger des Kronprinzen dürfen in seinem Empfang keine Demonstrationen veranstalten.
4. Der Tag seiner Abfahrt und der Tag der Ankunft muß geheim gehalten werden.

Die Rückreise soll aber erst dann erfolgen, wenn in Deutschland wieder ruhige Zustände eingetreten sind.

Erwerbslosenunruhen.

Gelsenkirchen, 7. Nov. Auf der Zeche Bonifacius in Krays am 8. gestern spät nachmittags zu schweren Zusammenstößen. Seit den Vormittagsstunden hatte die Belegschaft auf dem Begegnungspfad auf die Auszahlung der Erwerbslosengelder gewartet. Gegen Nachmittag kam die erwartete Geldsendung auf der Zeche an. Jedem Bergmann wurde ein Betrag von etwa 87 Millionen Mark ausbezahlt. Der Belegschaft bemächtigte sich angesichts des geringen zur Auszahlung gelangenden Betrags eine große Unruhe. Teile der Belegschaft drangen in das Betriebsbureau. Der Betriebsführer wurde mißhandelt und der Inspektor der Grube als Geisels festgesetzt. Inzwischen war die Polizei herbeigerufen worden. Als diese auf dem Begegnungspfad eintraf, entspann sich zwischen ihr und der etwa 5000 bis 6000 Arbeiter zählenden Belegschaft ein Kampf. Ein Polizeibeamter wurde durch Schläge mit Eisenstangen schwer verletzt. Mehrere Belegschaftsmitglieder wurden ebenfalls verletzt. Ein Bergmann wurde getötet, etwa 30 bis 40 wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Gegen 6 Uhr abends war die Ruhe äußerlich wiederhergestellt. Allgemein sind die erwerbslosen Arbeiter unruhig wegen der Höhe der Unterstufungen.

Französische Rekruten für das Ruhrgebiet.

Paris, 8. Nov. Nach dem „Journal“ werden die letzten unter die Fahnen berufenen Rekruten in ungefähr 15 Tagen in Düsseldorf eintreffen. Die Franzosen beabsichtigen, die Truppenbestände im Ruhrgebiet, die sich zur Zeit auf 15 000 Mann belaufen vorläufig nicht herabzusetzen.

Zeugenverhör im Borowski-Prozess.

Lausanne, 6. Nov. Im Prozeß wegen Ermordung Borowskis wurde die Vernehmung der beiden Angeklagten heute vormittag fortgesetzt. Nach den Gründen befragt, aus denen Polimin Anwalt zur Ermordung Borowskis angetrieben habe, sagte Polimin aus, daß er dies aus politischen Motiven getan habe, um die Rückkehr von dem bolschewistischen Regime zu befördern. Konradi, der hierauf vernommen wurde, gab heute ebenfalls als Grund für die Tat den Wunsch an, Rußland von dem bolschewistischen Regime zu befreien, und um dem Skandal der Anwesenheit der bolschewistischen Delegation auf Schweizer Boden ein Ende zu machen. Er gab wie Polimin eine ausführliche Darstellung der bolschewistischen Gräueltaten, deren Zeuge er gewesen war. Als Zeuge wurde der russische General Dostowoloff vernommen, der der Wangel-armee angehörte. Der Zeuge äußert sich sehr günstig über das Kommandeure. Die Verteidigung verlas hierauf einen Brief eines russischen Wangel-Offiziers, der Dostowoloff beschuldigt, bestochen worden zu sein, was beständige Auseinandersetzungen zur Folge hatte.

Lausanne, 6. Nov. Heute nachmittags setzte das Schwurgericht die Vernehmung der von der Zivilpartei vorgeladenen Zeugen fort. Der in Berlin lebende russische General Dostowoloff, der einer Partei in der Wangel-Armee inne hatte, erklärte, eine mahnende Bewegung gebe es nur unter den Emigranten. Als die Verteidigung zu Beginn der Sitzung den General Dostowoloff als

deutschen Spion bezichtigte, unterlagte der Präsident auf das nachdrücklichste der Verteidigung weitere Beleidigungen des Zeugen.

Entschädigung für die „Lusitania“.

London, 7. Nov. Reuter meldet: Der gemischte Ausschuss für die Entschädigungsansprüche genehmigte die amerikanische Forderung gegen Deutschland wegen Entschädigung für den Verlust von Menschenleben, Gesundheitsschädigungen und Eigentumsverluste infolge der Torpedierung der „Lusitania“. Nach den vom Ausschuss niedergelegten Grundsätzen werden die Ansprüche in Höhe von 22 600 000 Dollar für die Verluste anlässlich des Unterganges der „Lusitania“ genehmigt, dagegen 345 Millionen Dollar Ansprüche wegen Entschädigung für Kriegsrückversicherungsprämien, die von amerikanischen Reedern bezahlt worden sind, abgelehnt werden.

Die Rückkehr zur Barbarei.

London, 7. Nov. Die Times fragt, wie es möglich sei, eine Festsetzung der deutschen Hilfsquellen zu machen, ohne zu wissen, wie viel oder wie wenig Kontrolle die Zentralregierung über das Ruhrgebiet haben könne. Von der militärischen Stärke Deutschlands als „furchtbar“ im gegenwärtigen Augenblick zu sprechen, sei kaum die Sache vernünftiger Wesen, und was ein Pariser Blatt tatsächlich vorschlägt, daß Frankreich auf das unbelegte Deutschland daselbst „wirtschaftliche System“ ausdehnen solle, das im Ruhrgebiet geschaffen worden, aber „das noch nicht weit genug getrieben sei“, würde nur eine Rückkehr zur Barbarei bedeuten.

Gewaltige Flottenmanöver der Vereinigten Staaten.

New York, 6. Nov. Im Januar 1921 werden die größten Flottenmanöver stattfinden, die die Annalen der Vereinigten Staaten zu verzeichnen haben. Die Flotten des Atlantischen und Stillen Ozeans werden am 3. Januar ihre Häfen verlassen und in den beiden Ozeanen Geschlachten liefern. Die neuen Kreuzer und die mit den modernsten 1600tigen Kanonen ausgestatteten Zerstörer werden daran teilnehmen.

Erschreckende Not deutscher Kinder.

Berlin, 8. Nov. Der deutsche Zentralausschuss für Auslandschilfe gab in seiner gestrigen Vollversammlung ein erschütterndes Bild von der Not deutscher Kinder. Nach den Berichten der Vertreter der einzelnen Landesstellen und Gemeinden stehen Tausende von Kindern dem Hunger gegenüber. Es gebe Kinder, die weder Brot noch Milch, noch Kartoffeln oder Fett als Nahrung bekämen, sondern irgend welche Ersatzmittel. In Dresden ist „kein alter Schüler der Volksschulen an den Folgen des Hungers erkrankt. In Berlin kommen zahlreiche Kinder ohne Nahrung in die Schule oder verkaufen sie, weil sie den Hunger nicht fassen, wenn sie im Bett liegen. Für Kindererziehungen hat das Reich 500 Millionen Goldmark in Aussicht gestellt, eine Summe, die jedoch nur zur täglichen Verpflegung von 500 000 Kindern ausreicht. Es wurde dann weiter Mitteilung gemacht über die Hilfe des Auslandes, der deutschen Landwirtschaft und der Arbeiter.

Eine Spende der Stadt Wien.

Der Bürgermeister der Stadt Wien hat dem Reichspräsidenten ein Schreiben folgenden Inhalts gesandt:

„Im Herzen voll Sorge und inniger Anteilnahme verfolgt die Wiener Bevölkerung die Ereignisse im Deutschen Reich. Wie vor langer Zeit in den Tagen unserer größten Not uns von allen Stämmen des Deutschen Reiches wertvolle Hilfe zuteil wurde, so wollen auch wir Wiener nun unserer Teilnahme sichtbaren Ausdruck geben und helfen, wie immer es uns nur möglich ist. Darum hat die Wiener Gemeindeverwaltung den Beschluß gefaßt, zur Linderung der Not im Deutschen Reich eine Million österreichischer Kronen zu widmen und diesen Betrag Ihnen, sehr geehrter Herr Reichspräsident, zur Verfügung nach Ihrem freien Ermessen zu überweisen. Ich gebe mir die Ehre, Sie, hochgeachteter Herr Reichspräsident, von diesem Beschlusse in Kenntnis zu setzen, und erlaube mir beizufügen, daß ich die Übermittlung des Geldetrages in die Wege geleitet habe.“

Der Herr Reichspräsident hat mit sehr herzlichen Worten den Dank des deutschen Volkes für die tatkräftige Hilfe Österreichs zum Ausdruck gebracht.

Kampf in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 8. Nov. Im Laufe des gestrigen Tages kam es mehrfach zu blutigen Überfällen der Separatisten auf die Bevölkerung. Von Mittag an durchzogen die Separatisten fast ununterbrochen die Straßen der Stadt und feuerten in die Luft und zum Teil in die Menge hinein. Die Erbitterung der Bevölkerung ist aufs höchste gestiegen, zumal die französischen Besatzungstruppen für die Separatisten Partei ergriffen. Gegen Mittag kamen 4 Sonderbündler in die Erpelche Fabrik und wollten zwei Autos beschlagnahmen. Die Arbeiterwehr setzte sich zur Wehr. Die Separatisten gingen darauf fort, kamen aber später mit Unterstützung wieder und wollten außer den beiden Autos auch noch die Lebensmittellieferanten beschlagnahmen, die in der Fabrik in Anbetracht der Wirtschaftsnote als Teil des Lohnes ausgezahlt werden. Als die Arbeiterwehr dies erfuhr, rüttelte sie sich zusammen und drängte die Separatisten hinaus. Es kam hierbei zu einer Schlägerei, wobei ein Separatist totgeschlagen und drei Separatisten schwer verletzt wurden. Nunmehr herrten die Separatisten den Platz vor der Fabrik ab, trieben die Bevölkerung mit vorgehaltenem Revolver auseinander und schossen blindlings in die Luft hinein. Zur gleichen Zeit wurde in der Markthalle die Bevölkerung überfallen. Hier war die Erbitterung so groß, daß die Arbeiterwehr trotz der Schüsse nicht vom Platz wich. Die Separatisten mußten das Feld räumen. Auch in den übrigen Straßen der Stadt dauerten die Schießereien der Separatisten an. In der Gegend von Kusel requirierten die Separatisten Vieh. Wie aus Birmaens berichtet wird, gingen die dortigen Arbeiter den angebotenen Separatisten entgegen und schlugen sie mit blutigen Köpfen zurück. Die Straßen von Birmaens sind regelrecht verbarrikadiert.

Auch Krefeld ist befreit!

Krefeld, 8. Nov. Der belgische Kreisdelegierte hat der Stadtverwaltung durch ein Schreiben mitgeteilt, daß die deutsche Polizei von heute mittag 12 Uhr ab ihren Dienst wieder aufnehmen kann. Die Separatisten haben das Rathaus verlassen, die Fahnen wurde heruntergeholt. Die Separatisten sind abgezogen. Die Stadt ist wieder frei. Gleichzeitig teilte der belgische Kreisdelegierte mit, daß keinerlei Plakate gegen die Sonderbündler angelegt werden dürfen und daß, wenn dies geschehe, gegen die deutsche Polizei vorgegangen werde. Im übrigen solle sich die Polizei ruhig verhalten. Das Letztere wurde in dem Schreiben besonders betont.

Die Geldverlegenheit der Bändler.

Gießen, 7. Nov. Zeitungsmeldungen zufolge befinden sich die Separatisten in Duisburg in großer Geldverlegenheit, nachdem die Besatzungsbehörde das besondere Notgeld der Separatisten, das durch Aufdruck mit einem Stummstempel einen fünf- bis zehnfachen höheren Wert als ursprünglich erhalten hat, für ungültig erklärt hatte. Auch eine neue Erwerbsquelle ist den Separatisten verweigert worden durch das Verbot, Beschlagnahmen und Requisitionen vorzunehmen. Sie müssen jetzt ihre Waren, die sie für ihren eigenen Bedarf benötigen, mit gültigem Geld bezahlen. Vor der sogenannten Rheinischen Bank sind in den letzten Tagen große Menschenmengen erschienen, die auf die Ummeslung des wertvollen Separatistengeldes warteten, aber ergebnislos, denn diese Bank ist nie eröffnet worden.

Wie Neutralität aussieht.

„Beweis für die französische Hilfe.“

Der Kölner Berichterstatter der Times veröffentlicht eine Reihe von verbürgten Schriftstücken, die klar beweisen, was von den Behauptungen über die angebliche Neutralität der Franzosen gegenüber den rheinischen Sonderbündlern zu halten ist. Das englische Blatt gibt die Meldungen seines Berichterstatters unter der Überschrift „Beweis für die französische Hilfe“ wieder. Es heißt darin:

Das erste Schriftstück ist ein französisch geschriebener, an den Chef de gare (Bahnhofsvorsteher) in Düsseldorf gerichteter Brief. Es hat folgenden Wortlaut:

Unter Bezugnahme auf unsere Unterredung habe ich die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß wir morgen, am 25. d. M., mit dem Zuge 1305 eine Verstärkung von 150 Mann nach Koblenz schicken. Ich bitte Sie, ihren Transport durch die Ausgabe eines Sammelbilletts gemäß dem Ihnen bekannten System zu erleichtern. Das Schreiben ist unterzeichnet: „Für den Delegierten der Provisorischen Regierung — Henri Menger.“

Das nächste Schriftstück ist ein Schein der französischen Eisenbahnregie, vom 25. Oktober, ausgestellt für „201 Personen, Rheinische Republik, Koblenz, Sin und Burid“. Quer über den Schein ist geschrieben: „Sammelbillet, Rheinische Republik.“

Das dritte ist ein französisch gedruckter und vom 1. November datierter Gutschein: „In Übereinstimmung mit den Anweisungen, die von dem Direktorium der Vereinigten Rheinischen Parteien ausgegeben wurden, haben Joseph Koll und 17 Leute die Erlaubnis, von Düsseldorf nach Aachen zu fahren en qualité d'action militaire“ (in Vollführung einer militärischen Aktion). Das Schriftstück trägt den separatistischen Stempel und darunter den der Regie in Düsseldorf.

Ein viertes Schriftstück ist ein Personalausweis für ein Mitglied der separatistischen „Armee“. Er ist französisch und deutsch gedruckt und trägt die Überschrift: „Für die Sicherheit Frankreichs und die Freiheit der Rheinlande“. Der Ausweis ist unterzeichnet „Leitner“ — der sogenannte separatistische Oberbefehlshaber — und berechtigt den Inhaber zum Tragen von Waffen.

Ein anderes Schriftstück ist ein militärischer Befehl, der unterzeichnet ist von dem Befehlshaber der Düsseldorf separattischen Kompanie und die Aufschrift trägt: „Befehl der Obersten Heeresleitung.“

Sehr deutlich bin ich im Besitze einer leeren Munitionsschachtel, die im Aachener Rathaus in den Zimmern gefunden wurde, die von den Sonderbündlern besetzt waren. Sie trägt die Aufschrift: „25 cartouches calibre 7,65 fabrique nationale d'armes de guerre, Herlaar-Bege, Belgique.“ (25 Patronen, Kaliber 7,65, Nationale Kriegswaffenfabrik Herlaar-Bege, Belgien.)

Stadt und Land.

Läden schied, 9. November.

Altkleider-Sammlung. Eine allgemeine Sammlung von Altkleidern, Wäsche und Schuhen durch die Schulkinder findet am Montag und Dienstag, den 12. und 13. 11., in den Häusern statt. Die Kinder sind mit einem Ausweis der Schule versehen. Wir bitten dringend alte verfügbare und entbehrliche Sachen für die Armut zu spenden. Die Verteilung bezw. Verarbeitung übernimmt der Wohlfahrtsausschuss.

Postbestellung an Einzelgehöfte u. s. w. Die Postverwaltung will den Bewohnern von Einzelunternehmungen (Einzelgehöften), denen die Postsendungen nicht an jedem Wochentag zugestellt werden, die Möglichkeit schaffen, sich täglich in den Besitz ihrer Briefe und Zeitungen zu setzen. Zu diesem Zwecke soll den beteiligten Bewohnern die Anbringung von Briefkästen, in die die Briefträger die Sendungen an den Tagen ohne Zustellung einlegen haben, an geeigneten Punkten frei gestellt werden. Diese Briefkästen wären am besten in der Nähe einer Ortschaft, oder an derjenigen Stelle eines vom Landzusteller täglich zu begehenden Hauptwegs anzubringen, wo der Weg zur Einzelunternehmung abweist. (Am besten ein besonders aufzustellender Postkasten). Sie können in einfacher Weise von den Bewohnern selbst hergestellt werden, müssen aber, da sie im Freien aufgestellt werden, fest gebaut und zum Schutze gegen Regen mit einem kleinen Dache versehen und durch Einsteck- oder Vorhänge-schloß verschließbar sein. Ein Doppelschloß muß dem Landbriefträger übergeben werden. Nähere Auskunft an die Bewohner von Einzelunternehmungen erteilen die Postanstalten.

Die Reichsrichtzahl. Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag, den 5. November, auf das 98,5-Milliardenfache der Vorkriegszeit. — Die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit beträgt demnach 620,5 Prozent.

Für den Durchschnitt des Monats Oktober berechnet sich die Reichsrichtzahl auf das 36,57-Milliardenfache gegenüber dem 15-Milliardenfachen im Durchschnitt des Monats September. Die Steigerung beträgt somit 24 280 Prozent. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt im Oktober auf das 32,65-Milliardenfache, die Ernährungskosten allein auf das 4 101-Milliardenfache.

Eine neue Erhöhung der Post- und Postfachgebühren tritt am Montag den 12. November in Kraft. Die wichtigsten Gebührensätze von diesem Tage ab sind folgende: Postkarten im Ortsverkehr 2 Milliarden, im Fernverkehr 5 Milliarden. Briefe im Ortsverkehr 5 Milliarden, im Fernverkehr 10 Milliarden. Drucksachen 2 Milliarden, Päckchen bis 1 kg. 20 Milliarden, Pakete bis 3 kg. in der ersten Zone 25, zweiten und dritten Zone 50 Milliarden, Postanweisungen bis 1 Billion 5 Milliarden, über 1 bis 3 Billionen 10 Milliarden usw., Postfachgebühr bis 1 Billion 3 Milliarden, über 1 bis 3 Billionen 5 Milliarden, über 3 bis 5 Billionen 8 Milliarden usw.

Die Eisenbahntarife. Um den beim Publikum noch bestehenden vielfachen Unklarheiten über das bei der Reichsbahn neu eingeführte Tarifsystem zu begegnen, gibt die Reichsbahndirektion folgende Darstellung zur Veröffentlichung: Vom 1. November d. J. an gelten die im Personen- und Güterverkehr bestehenden Grundpreise als Goldpreise, welche mit einer dem Berliner Goldmarkturle entsprechenden Umrrechnungsrate vervielfacht werden. Die Umrrechnungsrate, die für den Personen- und Güterverkehr gleich ist, wird am Vorabend an den Fahrkartenausgaben und an den Güterabfertigungsscheinen durch Aushang bekannt gemacht. Die praktische Anwendung des Goldtarifsystems sei an einem Beispiel aus dem Personenverkehr erläutert: Der Grundpreis einer Fahrkarte 3. Klasse von Köln nach Elberfeld (46 Kilometer) beträgt 1,6 Goldmark; dieser Betrag ergibt sich aus der Vervielfachung des Einheitspreises von 3,3 Pfennig für das Kilometer in der 3. Klasse mit der Kilometerzahl; der Goldmarkbetrag ist auf volle Tarifpfennige nach oben aufzurunden. Am 3. November betrug nach einer Umrrechnungsrate von 76 Milliarden der Fahrpreis 3. Klasse für die genannte Strecke 1,6 Mark mal 76 Milliarden = 121,6 Milliarden Mark. In gleicher Weise werden die Güterfrachten aus dem Vervielfachen der Goldmarkfrachten mit der jeweiligen Umrrechnungsrate gewonnen; als Goldmarkfrachten gelten dabei die Grundtarife vom 18. September 1923.

Westfalen und Rheinland.

Schwerte, 8. Nov. (Eisenbahnunfall.) In der vergangenen Nacht fuhr im Bahnhof Schwerte-Ost ein von Holz-

wiederkommender Güterzug aus noch nicht geklärt Ursache auf einen im Bahnhof Schwerdt haltenden Güterzug auf. Der Güterzug ist nicht unbedeutend. Ein Eisenbahnkassette wurde leicht verlegt. Der Kesselerverkehr wird vorläufig durch Umleitung ausgedrückt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Witten, 8. Nov. (Die Erregung der Bürgerchaft) gegen die Berechnung der Licht- und Wasserpreise durch die städtischen Licht- und Wasserwerke nach Goldmark wird immer größer. Es ist auch beim besten Willen unmöglich, unter den zeitigen Verhältnissen Zahlung in dieser Weise zu leisten. Stundungen und Notenzahlungen sind an der Tagesordnung. Der Haus- und Grundbesitzer hat sich der Sache angenommen und wird eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob die Art der Berechnung rechtlich zulässig ist.

Kattlingen, 8. Nov. (Das Gold in der Bierflasche.) Der Wirt des Restaurant „Globe“ läßt in seinem Garten bauliche Veränderungen vornehmen. Bei den Ausschachtungsarbeiten fand man zwei auf verkorkte Bierflaschen in der Erde. Die eine ging durch den Spatenstich in Scherben, und so war es nicht möglich, sich von der Güte des Bieres zu überzeugen. Die zweite Flasche, mit der man vorsichtiger umging, enthielt 42 deutsche Münzen, die heute einen hohen Wert haben und vielerorts die Baustoffen bedürfen. Die beiden Flaschen waren vor 15 Jahren gelegentlich einer Feier der Gesellschaft „Globe“, deren Mitgliederverzeichnis sich bei den Münzen befand, im Garten vergraben worden.

Wien, 8. Nov. (Der Galopp des Antisemitismus.) In letzter Zeit mehren sich die Fälle, die bestätigen, daß der Antisemitismus noch immer sein betagtes Dasein fristet. Einer unserer Mitbürger, der im Kriege als Hilfsdienstpflichtiger einen Unfall erlitt und bisher eine kleine Rente bezog, erhielt jetzt von der Reichsunfallversicherung (Maschinenbau- und Kleinindustrie-Versicherungsgesellschaft, Sektion 5 Remscheid) die Mitteilung, daß die Rente auf 59 Mark, aufgerundet auf 1000 Mark vierteljährlich, festgesetzt sei. Der Umschlag des Schreibens war mit Marken in der Höhe von 20 Millionen besetzt.

Barmen, 8. Nov. (Vorsicht im besetzten Gebiet!) Wie vorsichtig man sein muß, um den Feinden im besetzten Gebiet keine Veranlassung zu geben, ihre „heldenmütigen“ Drangsalierungen an unseren deutschen Volksgenossen auszuüben, beweist folgender Fall. Eine junge Dame aus einer in unserer Nähe gelegenen, größeren Stadt mußte kürzlich auf einige Tage aus dem besetzten in unbesetztes Gebiet reisen. Während sie auf die Ankunft des Zuges wartete, unterhielt sie sich kurze Zeit mit einem fremden Herrn. In diesem Augenblick ging ein französischer Soldat vorbei, dessen Stiefel bezüglich ihrer Sauberkeit zu wünschen übrig ließen. Dies veranlaßte die Dame zu der Bemerkung: „So dreckig waren die Stiefel unserer Soldaten nicht einmal, als sie aus dem Felde zurückkamen.“ Der Herr ging dann zur Seite, wohin die Dame gleich darauf folgte. Dort wurde ihr der Fuß von dem diensthabenden Soldaten abgenommen, aber nicht zurückgegeben. Der Soldat bemerkte, im unbesetzten Gebiet brauche sie keinen Fuß, wenn sie zurückkäme, würde ihr derselbe wieder ausgefüllt. Bei der am zweiten Tage erfolgten Rückkehr reklamierte die Dame ihren Fuß. Man verwies sie in ein Zimmer des Stationsgebäudes, wo sie sich dem Herrn gegenüber sah, mit dem sie vor der Abreise gesprochen hatte. Er trug jetzt französische Uniform und sprach übrigens ein tadelloses Deutsch. Zudem er die Tür zu einem Nebenraum öffnete, wies er auf eine lange Reihe beschmutzter Stiefel und sagte: „Sie haben ja die Stiefel unserer Soldaten nicht sauber genug gefunden. Hier haben Sie Gelegenheit, deren Stiefel so zu reinigen, daß sie Ihren Beifall finden.“ — Um noch Schlimmerem aus dem Wege zu gehen, blieb der Dame nichts anderes übrig, als diesem gemeinen Anfinnen nachzugeben.

Waldhausen, 8. Nov. (Unruhige Zeiten) markieren wollten auch hier fünf junge Burschen. Sie zogen mit zwei Gewehren und zwei Seitengewehren bewaffnet unter Schießen durch das Feld. Von einigen Landwirten, bei denen sie große Worte machten, wurden sie gründlich verprügelt. Die Polizei nahm ihnen die Waffen ab und brachte sie zur Anzeige.

Waldbach, 6. Nov. (Einen bösen Heccefall) erlebte eine Bauersfrau, welche einen Handel in Devisen abgeschlossen hatte. Die Frau kam in ein hiesiges Geschäft, um einen schönen neuen Mantel zu erwerben. Sie zeigte der Verkäuferin einen Scheck über 2 Schilling auf eine Kölner Bank, mit welchem

sie bezahlen wollte. Auf die Bemerkung der Verkäuferin, dies sei nur ein Wert von 2 Friedensmark, und dafür könne sie doch keinen Mantel kaufen, erwiderte die Frau entrüstet: „Was, da habe ich doch gestern ein Stübchen für verkauft!“ Sie erkundigte sich nun bei einer hiesigen Bank, wo ihr die Angaben der Verkäuferin bestätigt wurden. Sie war auch noch im Besitze einer Quittung des Händlers, welcher ihr das Stübchen abgekauft hatte, dahinterstehend, daß er für 2 Schilling von ihr ein Stübchen eingelöst habe. Hätte sie nicht besser getan, ihr Stübchen für deutsches Geld zu verkaufen?

Köln, 8. Nov. (Wer andern eine Grube gräbt!) Zu einer hiesigen Bank kam ein Kassierer eines Werkes aus der Gegend von Köln, um für seine Firma durch Schecks 150 Dollar zu erheben. Anstatt der Dollar handigte ihm der Bankbeamte jedoch irrtümlicherweise 150 englische Pfund aus. Der Kassierer machte den Beamten nicht auf den Irrtum aufmerksam, sondern wechselte die Pfunde sofort bei einer Wechselkassette um und lieferte seiner Firma davon 50 Dollar ab, während er das übrige Geld, etwa 75 Millionen Mark, für sich behielt und unterschlug. Die von der Bank über den Irrtum benachrichtigte Kriminalpolizei nahm den Mann alsbald fest und beschlagnahmte bei ihm das noch restlos vorhandene unterschlagene Geld.

Aus dem Reiche.

Wiesbaden, 8. Nov. (Riesige Unterstützungsgelder.) Die Stadtverordneten bewilligten 3000 Millionen Mark als vorläufigen Kredit für Unterstützungsgelder, Notstandsmaßnahmen usw. Es wurde dabei bekannt, daß es 10 000 Erwerbslose gebe, 5000 Kurzarbeiter, 4000 unterstützte Klein- und Sozialrentner, 50 v. S. der Männer und Frauen befänden sich in Fürsorge. Rechnet man die Kinder hinzu, so könne man behaupten, daß zwei Drittel der Bevölkerung ganz oder teilweise durch die Stadt versorgt würden.

Wien, 8. Nov. (Naturalien für Zeitungsbezüge.) Die Geschäftsstelle des hiesigen Kreisblattes teilt ihren lässlichen Abonnenten in einer Anzeige mit, daß sie die Bezugsgebühr auch in Naturalien entgegennehmen, und zwar in folgender Weise: „Der Landwirt hat acht Wochen Ruhe (bis zum 1. Januar) vor den Nachzahlungen, wenn er das Zeitungsabonnement in Naturalien ableistet, und zwar entweder 25 Pfund Weizen oder eine entsprechende Menge einer anderen Getreideart (oder 1 Zentner Kartoffeln).“

Detmold, 6. Nov. (Verschobenes Holz.) Auf dem Cithahof in Clausthal hatte ein auswärtiger Holzhändler eine größere Menge Zweimeterrollen lagern. Vor einigen Tagen tauchte dort ein Mann auf, fragte nach dem Waggon, den er bestellt habe, und verließ einen Waggon von dem Holze. Der Waggon rollte auch ab. Bald darauf stellte es sich heraus, daß das Holz ohne Berechtigung verladen und abgefahren worden ist. Der Holzhändler war betroffen, denn er hatte das Holz nicht verkauft. Der Waggon gelang es, den Waggon in Detmold festzustellen und zu beschlagnahmen. Der Wert des verschobenen Holzes beläuft sich ungefähr auf 50 Millionen Mark. Der Betrüger hatte vorgegeben, aus Braunlage zu sein.

Aus aller Welt.

Ein schwieriger Prozeß. Ein Pariser Richter wird demnächst in die Lage versetzt werden, sich als neuer Salomo zu bewähren. Ein Libanoner namens Bagan kam nach Paris, um hier seine angekaufte Ehefrau zu finden; er stellte aber fest, daß sie mit einem Landsmann „verheiratet“ war. Der andere hatte die Frau nach türkischem Brauch geheiratet, bei dem nichts weiter notwendig ist, als daß vier Zeugen eine Ehebescheinigung ausstellen. Bagan aber war mit seiner Frau von einem Priester der griechischen Kirche getraut worden und behauptete daher, seine Heirat sei die allein geschäftsmäßige. Da der gegenwärtige Besitzer sich weigert, sie zurückzugeben und dieser selbst erklärt hat, sie überlasse es dem Urteil eines Pariser Gerichtshofes, wessen Frau sie eigentlich sei, so hat Bagan die Gerichte angerufen und damit die französische Richter vor eine schwierige Entscheidung gestellt.

Eine 7-Tonnen-Glocke. Eine riesige Bronzeglocke, die aus Kanonen gegossen ist, wird jetzt auf dem Turm des Schlosses von Rovereto in Italien aufgehängt werden, und sie soll jeden Abend beim Ave Maria zur Ehre aller im Kriege gefallenen Italiener geläutet werden. Die Glocke, deren Material von den ehemaligen

Kriegsverbündeten Italiens gestiftet worden ist, ist 6 Fuß 7 Zoll hoch, die Öffnung ist ebenso breit, und das Gewicht beträgt 7 Tonnen. Auf dem Mantel der Glocke sind die Namen aller Städte und Dörfer eingraviert, die sich an den Kriegen des 19. Jahrhunderts beteiligten. Man hat Rovereto gewählt, weil die Stadt uralten römischen Ursprungs ist und Jahrhunderte lang unter der Herrschaft der Venetianer stand, die das Schloss bauten. Die Stadt ist nun der letzten Kriege für Italien wiedergewonnen worden und soll daher die Riesenglocke beherbergen, die alljährlich zur Erinnerung an die Kriegstoten geläutet wird.

Der Besitzer eines kleinen Geschäftshauses hat gerade den Besuch eines Reisenden, als die Angestellten zur Arbeit erscheinen. Dieser beobachtet jeden der männlichen Aufstehenden genau und bezeichnet dann verschiedene von ihnen als verheiratete Männer. Der Ladeninhaber muß zugeben, daß er sich fast nicht einmal getraut hat, um zu fragen, woran er das so genau erkenne. „Ganz einfach“, die Verheirateten machen sich vor der Tür die Schuhe sauber — die anderen nicht.“

Auswärtige Theater und Konzerte.

Schauspielhaus Jagen i. W.
Es sei besonders auf die am Samstag stattfindende Erstaufführung von Nicolai's komischer Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ hingewiesen. Dem Werke wohnt, sowohl nach der textlichen wie auch nach der musikalischen Seite, soviel köstliche Frische und unverwundeter Humor inne, daß es immer ein Zugutkriterium Ranges sein wird. Die musikalische Leitung hat Hans Werner, die szenische Peter Erdmann. Beschäftigt sind die Damen Hermann-Hörn, Bauer, Geibel und die Herren Kirchberg, Bartels, Galen, Lang und Hansmann. Die Partie des Falstaff singt Cammerfänger Erdmann.

Am Sonntag wird „Der Fürst von Pappenheim“ wiederholt. Wie überall, so wird auch hier ein beifallsfreudiges Haus die Lehren des „Kufliedes“ und des Liedes „Du brauchst mir ja nicht treu zu sein“ mit geniebrischem Verständnis annehmen. — Nachmittags 3 Uhr ist eine Aufführung „Undine“ für die Freie Volksschule.

Geld-, Wechsel- und Warenmarkt.

Amtl. Berlin	Geld-Notiz	7. November		8. November	
		Geld	Wechsel	Geld	Wechsel
Amsterdam	Gulden	243390	244610	243390	244610
Brüssel	Frank	30923	31077	30923	31077
Christians	Krone	93765	94235	93765	94235
Kopenhagen	Krone	107730	108270	107730	108270
Stockholm	Krone	166585	167415	166585	167415
Stettin	Mark	16957	17043	16957	17043
Wien	Schilling	27930	28070	27930	28070
London	Pfund Sterling	2793000	2807000	2793000	2807000
New York	Dollar	628425	631575	628425	631575
Paris	Frank	35910	36090	35910	36090
Schweiz	Frank	111720	112280	111720	112280
Spanien	Peseta	83210	83970	83210	83970
Österreich	Schilling	8977	9032	8977	9032
Brasilien	Reale	18354	18448	18354	18448

Berlin, 8. Nov. Weizen: märk. 182-184, Roggen: märk. 172-174, Gerste: Sommergerste 160-164, Hafer: märk. 147 bis 151, Weizenmehl 30-33,5, Roggenmehl 29-32,5, Viktoriaerbsen 42-52, kleine Speiserbsen 33-35.

Wetterstation Lüdenscheid Realgymnasium (Specht, Hochstr. 71)

Tag	Barometer mm	Thermometer °C	Relat. Feuchtigkeit %	Windrichtung u. Stärke	Bewölkung	Niederschlag mm	Windgeschwindigkeit m/sec
7. 11	761,6	+ 2,3	96,4	—	10	—	0,3
8. 11.	761,1	+ 0,3	98,3	W 0	10	1,7	—

Temperatur: höchste + 4,2° niedrigste + 0,2°

Die städt. Vertretungen haben die Abänderung bzw. Festsetzung von Fluchtlinien beschlossen für die Köhlerstraße und Köhlerstraße von der Auguststraße bis zur Einmündung der Köhlerstraße im Luisental und für den Karussellplatz vor dem Hause Nr. 4. Die Pläne hierüber liegen vom 10. November an 4 Wochen zu jedermanns Einsicht im Stadtoermessungsamt aus. Einwendungen sind bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb dieser Frist bei uns anzubringen.

Wasserpergung wegen Rohrreparatur heute nachm. von 4 bis 8 Uhr Knappertstr. (von Friedrichstraße bis Christlichkeitsstr.) Alsterstr. (von Wilhelmstr. bis Thümlerstr.) Thümlerstr. (von Thümlerstr. bis Oststr.) Schwacher Druck in Knappertstr. und Thümlerstr. hängt mit dieser Sperrung zusammen.

Städt. Gas- und Wasserwerke.

Geschäftshaus an verkehrsreicher Straße, im Mittelpunkt der Stadt gelegen, weitestgehend zu kaufen, oder langfristig zu mieten gesucht. Offerten unter B 1278 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kirchl. Nachrichten:
So. Gemeindeführungsaussch. 10 Uhr: Gottesdienst
11 Uhr: Kindergottesdienst
11 Uhr: Jugendverein
2 Uhr: Jugendverein
Hr. Kring.

Sozial. Gemeinde Rat:
Sonntag, 11. November 1923
10 Uhr: Gottesdienst
11 Uhr: Kindergottesdienst
2 Uhr: Jugendverein
Hr. Kring.

Herzliche Bitte!

Wer hilft in dieser schweren Zeit den 250 Waisen der Armen Brüder vom hl. Franziskus in Berlin W 21, Turmstr. 44? Jede Gabe wird dankbar angenommen; seien es Lebensmittel, Sachen, abgelegte Kleidung etc. Helft uns, indem Ihr ein Scherflein an das Postfachkonto Nr. 10, Anaben-Waisenhaus Berlin 46678 sendet.

Für alles herzlichste Vergeltet Gott von den Brüdern des hl. Franziskus Br. Fidels, Waisenh.

Goldwerte sind geschützte Erfindungen.

Erwirkung durch Patentbüro Köchling, Hagen i. W. Concordiastr. 7 Fernsprecher 3436.

Durch

eine kleine Anzeige in der „Lüdenscheid. Zeitung“ erreichen Sie schnell und sicher, was Sie wollen.

Nationalkassen kauft nach Nummernanfrage G. Wittwisch, Wn. Charlottenburg, Friedbergstr. 29.



Für
Wollsachen
gebrauchen Sie ein Waschmittel, das jedes Reiben der Stoffe überflüssig macht.
Persil
Ist für die Behandlung von Wollwäsche das gegebene Waschmittel. Es bewirkt die Säuberung selbsttätig, ohne mechanische Einwirkung, gewährt also größtmögliche Schonung des Gewebes.
Ein Verfilzen und Einschrumpfen ist ausgeschlossen; die Stücke bleiben griffig und weich und behalten ihre Farben. — Man wäscht Wollsachen handwarm durch leichtes Drücken und spült in gleichfalls schwachwarmem Wasser gut nach. — Beim Trocknen dürfen sie keiner großen Hitze (auch nicht der Sonne) ausgesetzt werden.

HOLZWOLLE
FREITAG & CO. G.m.b.H.
OLPE i. Westf.

Adolf Torley
Stempel- und Gravierschäft
Schillerstr. 2
Lüdenscheid, Schöpsstr. 2

Sachmännische Vorschläge für zeitgemäße
Kartotheken für Kunden und Lieferanten, Kalkulationen, Abrechnungskontrolle, Mahnwesen etc.
werden kostenlos erstellt im
Papierhaus Sasse, Lüdenscheid
Fernruf 1185. Wilhelmstr. 20.

Fichten-Schleifholz Stammholz Grubenholz
in jeder Menge ab Wald oder frei Waggon sowie hierzu geeignete Waldbestände zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht. Vermittler erhalten hohe Provision.
Altenbach & Born, Holagrobholz, Siegen i. Westfalen.

Neue und gebrauchte
Schreibmaschinen
hält stets auf Lager
Papierhaus Sasse, Wilhelmstraße 20.
— Fernruf 1185. —

Er erscheint täglich
Sonntags
Der Preis beträgt 10 Pfennig
Einzelnummer: 1

Nr. 26

Der

Wir konnten ge-
ausgaben mitteln,
scheitert sei. Die
ausführlichen Nachr

Der Put

Nach Meldungen
bereits als beend-
fident und Räubersfü-
den. München befi-
gierung. Ludendorff
ministerium sein. Er
steht auf Seiten der
voll zur Regierung v

Berlin, 9. 9.
General v. Lossow
Zustimmung zum B
erpreht worden sei,
abzulegen. Sie hofft
Putsch Herr zu w
würden die de
quenzen zu verhinde
v. Lossow den nord
lassen. Herr v. Kah
genaueste Kontroll
sozialisten und des
dorf und Hitler sei
Aus Bamberg wird
rer bereits entwaffn

Abwe

Berlin, 9. 9.
vorm.: Die Nachrid
Zustimmung zum B
nach Ber
General v. Lossow g
an der Seite der 7.
wartet.

Ueber die Lage
vormittag: Die Raf
in der Hand der Raf
In der Stadt herrsch

Noch weitere

München beschlen w

Das

Die Blätter melden
wieder vollständig
in Augsburg von
den feind, sie sind
entwaffnet worden
nationalsozialisten

Die Reichstagsfraktio
mit der Frage
Wünschen, den A
gerlichen Parteien
den den Wunsch,
ses Ziel fortz
Dr. Stresemann

Wie die Hannoverersch
der deutsch-hann
Antrag auf Ein
nover auf Grund
Reichsminister d

Trotz der Nachrichten
Marl weiter im
sen wurden Mar
gegen gestern an

Das Gdo de Rhin tei
Goldanleihe sei
Grund eines all
vorher bei der
Die Polizei gestreut
von Berlin Anfr
Geschäftstokale pl
gekommen.

Der Regierungspräsi
Einbruchgebiet,
Laignelot in Re
und der Verwalt

Amtliche

Dollar: 631 575